

HERAUSGEGRIFFEN

## Boykottiert Boykotte

NZZ, Samstag, 25.6.11

Rainer Stadler · «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!» Mit dieser Schlagzeile erschien in der neusten «WoZ» eine vierseitige Beilage, welche das Publikum ermuntert, keine Waren aus Israel zu kaufen. Zum Boykottaufruf bekennen sich bekannte Politiker aus dem linken Lager, unter ihnen André Daguët, Geri Müller, Daniel Vischer, Therese Frösch, Andrea Hämmerle und Joseph Zisyadis. Unterschrieben hat auch der ehemalige Nahostkorrespondent der NZZ Arnold Hottinger.

Herbert Winter, Präsident des Israelitischen Gemeindebundes (SIG), hat kein Verständnis für diese Aktion. Sie erinnere ihn, so sagte er Radio DRS, an die Nazizeit, als die Deutschen aufgefordert wurden, nicht bei Juden einzukaufen.

Muss man Winters Bedenken teilen? Ja und nein. Nein insofern, als sich die nationale Kampagne explizit gegen die israelische Besatzungspolitik, aber nicht gegen die Juden richtet. Zudem hat sie eine zeitliche Grenze: Die Aktion solle so lange dauern, bis Israel das Völkerrecht einhalte und die Rechte der Palästinenser anerkenne, heisst es auf der Beilage. Unabhängig davon, ob man die Ansichten der Initianten teilt – hier handelt es sich um eine politisch legitime Forderung, die man nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus beiseitewischen kann.

Dennoch macht einen die Aktion misstrauisch. Die von den Initianten gewählte Formulierung «Kaufe ich nie» bringt eine Absolutheit zum Ausdruck, die über das Erreichen eines bestimmten Ziels hinausreicht. Ein Blick auf die Kampagnen-Website von BDS – das Kürzel steht für Boykott, Desinvestition,

Sanktionen – bekräftigt den Verdacht. Hier findet man eine Vielzahl von Kampagnen gegen Israel, etwa gegen die Teilnahme des Landes an der Fussball-WM, ferner Aktionen gegen israelische Diamanten, gegen den israelischen Tourismus, für die internationale Ausgrenzung israelischer Mediziner oder für einen akademischen und kulturellen Ausschluss von Israel.

In der Summe scheint es also um eine totale Ausgrenzung des Judenstaats zu gehen. Wer symbolische Mauern baut, kann keine politischen Konflikte lösen. Er verschärft sie vielmehr. Und er verliert überdies die Legitimation, Israel wegen des realen Mauerbaus gegen die Palästinenser zu kritisieren. Zusätzlich bedenklich ist es, wenn sogar eine Journalistengewerkschaft zu einem Warenboykott aufruft, wie dies die britische NUJ vor vier Jahren tat. Auf diese Weise büssen auch die Informationsvermittler ihre Glaubwürdigkeit ein.

Israel wird also regelmässig zum Objekt von Boykottaktionen. Andere Länder jedoch, welche punkto Menschenrechte alles andere als Vorbilder sind, bleiben von solchen Massnahmen verschont. Gewiss, wer gegen ungerechte Zustände kämpft, kann nicht ständig das gesamte Elend auf dem Planeten ins Auge fassen. Eine Kritik an Israel verliert darum nicht ihre Berechtigung, nur weil sie andere Staaten ausblendet. Aber es befremdet, wenn bei politischen Kampagnen meist dasselbe Land ins Visier gerät. Da keimt unweigerlich der Verdacht, es könnten bei derartigen Aktionen auch weniger salonfähige Gefühle mit im Spiel sein.



Boykottaufruf gegen  
Israel alarmiert Juden

23. Juni 2011 22:50; Akt: 23.06.2011 21:10

von Marcel Amrein - Eine Beilage der WOZ macht massiv Stimmung gegen Israel. Darin rufen bekannte linke Politiker zum Boykott des Landes und seiner Produkte auf.

Eine Kampagne ruft zum Boykott israelischer Produkte (Bild: Bananenplantage) auf – auch Daniel Vischer und Geri Müller (Grüne) sind beteiligt. (Bild: Keystone) «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!» Diese deutliche Botschaft prangt auf einer vierseitigen Flugschrift, die am Donnerstag der linken Wochenzeitung WOZ beigelegt war. Ergänzt wird sie von den Fotos teilnehmender Personen – darunter einige bekannte nationale Politiker.

Schweizer Juden sind alarmiert. «Das erinnert unweigerlich an den Aufruf in Nazi-Deutschland, wo es hiess: «Kauft nicht bei Juden ein!», sagt Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG). Obschon sich die Kampagne als nicht antisemitisch bezeichnet, ist er beunruhigt: «Wir halten den Aufruf für unsensibel und bedenklich.» Unter den Politikern sind solche, die bereits früher mit pointiert israelkritischen Äusserungen aufgefallen sind – etwa Nationalrat Daniel Vischer (Grüne), der Israel als «Schurkenstaat» bezeichnete. Sein Parteikollege Geri Müller provozierte, als er trotz seiner Funktion als Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats an antiisraelischen Demonstrationen teilnahm. Bezüglich des Boykotts macht er sich keine Sorgen: «Er richtet sich ja nicht gegen die Juden, sondern gegen die Politik Israels.» Vreni Müller-Hemmi, Präsidentin der Gesellschaft Schweiz-Israel, sieht die Sache nicht so harmlos: «Hinter einer solchen Aktion steckt die Absicht, Israel als Staat die Rechtfertigung zu entziehen. Es handelt sich hier um politische Stimmungsmache, die sicher nicht zu einer Lösung des Nahostkonflikts beiträgt.»

Eine Kampagne ruft zum Boykott israelischer Produkte (Bild: Bananenplantage) auf – auch Daniel Vischer und Geri Müller sind beteiligt. (Bild: Keystone)



(Grüne)